



Immens ist die Literatur zur Shoah. Impliziert dies aber auch Wissen? Brauchen wir eine neue Erinnerungskultur?

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 24. Januar 2013 68. Jahrgang/Nr. 20 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

Netanjahu abgestraft

Von Roland Etzel

Kein israelischer Wahlkampf war derart amerikanisiert wie dieser. Gesichter statt Gedanken, hieß die unausgesprochene Devise. Das Ergebnis ist nun im Wortsinne zu besichtigen. Galt Ministerpräsident Netanjahu bisher selbst auch als Landesmeister im Fach Selbstinzenierung, so stahlen ihm diesmal andere die Show. Die Parteien seiner Regierungskoalition rutschten ins Minus, für die einst Israel prägenden Sozialdemokraten von der Arbeitspartei gilt es schon als Erfolg, überhaupt noch in nennenswerter Stärke in der Knesset Platz nehmen zu dürfen.

In den Schatten gestellt sehen sich die bisherigen Lagerführer von politischen Neueinsteigern, die ihren Dunstkreis einfach Partei nannten, auf einen kryptischen Namen taufen und sich unter die irritierten Platzhirsche drängen; mit viel Provokation und wenig Programm, aber beachtlichem Erfolg: weil sie auf offene Ohren trafen. Weil die Israelis endlich Antworten auf ihre Frage hören wollten, was gegen die soziale Schiefelage getan wird. Jetzt, nicht irgendwann. Den trickreichen Verstrickungen Netanjahus vertrauten deshalb weit weniger Menschen als noch letztes Jahr vorausgesagt. Der permanente Verweis auf die Teufel in Teheran wurde nicht als Entschuldigung alltäglicher Grausamkeiten akzeptiert.

Und wer hat von Verhandlungen mit den Palästinensern geredet? Keiner der Protagonisten; und wenn, dann nicht in einer Weise, die Aussicht auf Frieden verheißt. Sie werden sich dem dennoch stellen müssen.

Unten links

Liebes Facebook, Du gefälltst uns heute gar nicht. Warum? Weil Forscher herausgefunden haben, dass man neidisch und unzufrieden wird, wenn man den Tag mit Dir verbringt. Nein, Facebook: Es hat weder etwas mit dem automatischen Dummwerden im Internet zu tun noch mit Deinem kreativen Umgang, was den Datenschutz angeht. Und auch nichts mit Deiner neuen Neigung, dauernd blöde Fragen zu stellen. Es sind vielmehr die guten Nachrichten, mit denen man von seinen »Freunden« belästigt wird – und die zu »starken negativen Emotionen« führen. Was die schon wieder für einen tollen Urlaub hatten! Und ach wie glücklich die sind mit ihren putzigen Katzenbildern und dem neuen Beziehungsstatus! Noch weniger freilich als das, liebes Facebook, gefallen uns Neidhammel hier im graukalten Berlin: Forscher, die zwar erklären, woher unsere »Frustrationen« rühren – die einem aber auch nicht sagen können, was dagegen hilft. Vielleicht hat ja irgendjemand auf Facebook eine Idee? *tos*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Unverhülltes Mietermobbing

Schwarz-gelbe Politik macht die Energiewende zum sozialen Konflikt



Ist Ihr Haus auch von oben bis unten eingestrichelt? Die Arbeiter hat aber nicht der Verhüllungskünstler Christo geschickt, sondern Ihr Vermieter? Dann dürfen Sie wegen der Unannehmlichkeiten während der energetischen Sanierung jetzt nicht mehr die Miete mindern. Dafür sinken bald Ihre Heizkosten – vielleicht. Steigen wird jedenfalls Ihre Miete, und Ihr Haus wird bestimmt mit brennbarem, schlecht recycelbarem Dämmmaterial sowie mit Pestiziden im Putz versehen. Dabei geht die Bundesregierung noch zu lax mit der Energiewende im Gebäudebereich um, was den Kostenanstieg für uns alle kurzfristig geringer ausfallen lässt. Sie tut das, weil sie vorrangig die Interessen der Vermieter bedient. Stattdessen müsste die Regierung für eine höhere Sanierungsquote sorgen – und gleichzeitig dafür, dass die Vermieter sich mit geringeren Renditen zufrieden geben. »nd« beleuchtet technische und politische Alternativen.

Seiten 2 und 3

Foto: photocase/jock+scott

Schwund im rechten Lager

Israels Regierungsparteien verloren bei Parlamentswahlen an Neueinsteiger

Von Roland Etzel

Bei den vorgezogenen israelischen Parlamentswahlen hat das Regierungslager von Ministerpräsident Netanjahu große Verluste eingefahren, bleibt aber stärkste Kraft. Dann folgt der Neueinsteiger Lapid vor der Arbeitspartei.

Die meisten Prognosen zum Ausgang der israelischen Parlamentswahlen vom Dienstag haben sich als wenig belastbar erwiesen. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und sein rechtsgerichtetes Bündnis Likud/Unser Haus Israel wurde zwar mit 31 von 120 Sitzen stärkste Kraft in der Knesset, dem israelischen Parlament. Das bedeutet aber eben auch den Verlust von elf Mandaten. Noch in der Wahlnacht unterbreitete Netanjahu daher Koalitionsangebote – mit vagen

Formulierungen, die wohl keinen verprellen sollten. »Wir haben die Gelegenheit, sehr große Dinge im Interesse des Staates Israel zu tun. Ich sehe viele Partner für unsere Aufgaben, und in einer breiten Regierung werden wir es gemeinsam schaffen«, zitierte dpa am Mittwoch aus einem Schreiben Netanjahus an Jair Lapid, Chef von »Jesch Atid« (»Es gibt eine Zukunft«). Der bisherige Fernsehmoderator erreichte 19 Mandate und repräsentiert damit jetzt die zweitstärkste Kraft in der Knesset.

Allerdings vertrat Lapid, wenn er im Wahlkampf überhaupt konkret wurde, politische Standpunkte, die mit Netanjahus Linie wenig kompatibel sind. Vor allem hatte er die ultrareligiösen Formationen Schas (diesmal 11 Sitze) und Thora-Partei (7) attackiert, die die Ko-

alition Netanjahus lange Zeit gestützt hatten.

Nur noch drittstärkste Kraft ist die Arbeitspartei, die in der Vergangenheit die meisten israelischen Regierungschefs stellte. Mit Shelly Jachimowich an der Spitze erreichte sie 15 Mandate. Knapp dahinter folgt wieder ein politischer Quereinsteiger – der Multimillionär Naftali Bennett (Das Jüdische Haus) mit 7 Sitzen. Er hatte sich vor den Wahlen für die Annexion großer Teile des Westjordanlands und gegen die Gründung eines palästinensischen Staates ausgesprochen. Allerdings hatte Bennett wohl mit noch mehr Zuspruch für seine extremistischen Ansichten gerechnet.

Andere einstige Politgrößen, die es diesmal mit auf ihre Person zugeschnittenen bzw. geschrumpften Parteien versuch-

ten, gelangten ebenfalls ins Parlament; wenn auch mit nur 7 Sitzen wie Ex-Außenministerin Zippi Livni mit der Neugründung Bewegung oder Ex-Verteidigungsminister Schaul Mofas, dessen Kadima-Partei bisher mit 28 Sitzen stärkste Fraktion war und jetzt gerade noch 2 Mandate erreichte.

Im linken Lager des Parlaments sind noch die Merez-Partei mit 6 und die drei arabischen Parteien mit zusammen 12 Sitzen vertreten. Zwischen dem rechten und dem linken Lager herrscht damit etwa Gleichstand.

Es wird damit gerechnet, dass Staatspräsident Shimon Peres den Auftrag zur Regierungsbildung Netanjahu erteilt. Offiziell geschieht das aber frühestens am Mittwoch nach Bekanntgabe des amtlichen Ergebnisses. *Seite 7*

Oberwasser für Separatisten in Europa

Referenden in Katalonien, Schottland und Großbritannien

Berlin (Agenturen/nd-Herzberg). In seiner Rede zur Zukunft Großbritanniens in der EU hat Premierminister David Cameron gestern ein Referendum über den Austritt aus der Staatengemeinschaft im Falle seiner Wiederwahl angekündigt, obwohl er selbst der Meinung ist, »Großbritannien sollte in der EU bleiben«. Der Tory-Chef knüpfte den Verbleib des Königreichs in der EU aber an Bedingungen und forderte unter anderem mehr Wettbewerbsfähigkeit sowie den Rückfluss von Macht an die Mitgliedsstaaten.

An Camerons Äußerungen wurde im In- und Ausland Kritik laut. Die Rede sei ohnehin mehr an die britischen EU-Skeptiker als an Europa gerichtet gewesen. »Europa bedeutet auch immer, dass man faire Kompromisse finden muss«, entgegnete Bundeskanzlerin Angela Merkel ihrem konservativen Kollegen. Der französische Außenminister Laurent Fabius sagte, ein EU-Austritt sei »gefährlich für Großbritannien selbst« und ein »Europa à la Carte« nicht möglich. Die oppositionelle Labour-Partei in Großbritannien sprach sich erneut gegen ein Rein-oder-Raus-Referendum aus. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso begrüßte die »eindeutige Erklärung« des Premiers, dass dieser einen Verbleib des Inselstaats in der EU wünsche.

Unmittelbare Folgen haben die Äußerungen Camerons nicht. Allerdings sagte der britische Schottland-Minister Michael Moore eine Pressekonferenz ab, bei der es um das Vorhaben der Scottish National Party gehen sollte, ein Referendum zur Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich im Herbst 2014 abzuhalten. Schottland will Teil der EU bleiben.

Unterdessen hält Katalonien an seinen Abspaltungsbemühungen fest. Am Abend sollte das Regionalparlament über eine Souveränitätserklärung entscheiden. Die Proklamation ist der erste Schritt zur geplanten Abhaltung eines Unabhängigkeitsreferendums in der Region im Nordosten Spaniens. *Seite 8*

KURZ

Eurozone in der Rezession

Washington (dpa). Die Eurozone bleibt nach einer Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch in diesem Jahr in der Rezession. Die Wirtschaftsleistung werde 2013 um 0,2 Prozent schrumpfen, heißt es in dem am Mittwoch in Washington vorgelegten Weltwirtschaftsausblick der Organisation. Bisher hatte sie ein Wachstum von 0,2 vorausgesagt.

Selbstmordanschlag in Irak

Tikrit (dpa). Bei einem Selbstmordanschlag in einer schiitischen Moschee der nordirakischen Stadt Tus Churmatu sind am Mittwoch mindestens 42 Menschen getötet und weitere 75 verletzt worden, unter ihnen überwiegend Angehörige der turkmenischen Minderheit. Der Anschlag war der blutigste in Irak seit Juli vergangenen Jahres.

Russland zählt 207 Kältetote

Moskau (dpa). Im eisigen russischen Winter mit Rekordschneefällen und extremen Minusgraden ist die Zahl der Kältetoten landesweit auf 207 gestiegen. Über 4500 Menschen mussten seit Wintereinbruch wegen Erfrierungen oder Unterkühlung behandelt werden.

Enthauptungen in Nigeria

Maiduguri (AFP). Bei einem Angriff in Maiduguri im Norden Nigerias sind laut Augenzeugen fünf Menschen von unbekanntem Angreifer enthauptet worden. Maiduguri ist die Hochburg der islamistischen Sekte Boko Haram.